

Pressemitteilung

**Neues Lagebild „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025“ veröffentlicht**

## **Keine Trendwende bei antisemitischen Vorfällen – RIAS dokumentiert 24 Fälle pro Tag**

Berlin, 17. Juni 2026: *Der Bundesverband RIAS hat 2025 8725 antisemitische Vorfälle erfasst. Das heute veröffentlichte Lagebild zeigt: Seit dem 7. Oktober 2023 besteht ein hohes Vorfallniveau und schränkt das Leben von Jüdinnen:Juden weiter ein. Im Vergleich zu 2022 hat sich die Zahl der Vorfälle mehr als verdreifacht. Israelbezogener Antisemitismus wurde bei zwei Dritteln (68 %) aller Vorfälle dokumentiert.*

### **Angriffe und Bedrohungen treffen Jüdinnen:Juden im Alltag**

Jüdisches Leben und Engagement gegen Antisemitismus waren 2025 wiederholt Anlass für Bedrohungen und Angriffe. RIAS dokumentierte 178 Angriffe und 257 Bedrohungen - vielfach an alltäglichen Orten: In Kehl wurden vier Gemeindeglieder vor einem jüdischen Gebetsraum beleidigt und bespuckt. In Hessen wurde ein Rabbiner in einem Supermarkt vor den Augen seiner Kinder gestoßen und ihm das Handy entrissen. Dabei wurden die Betroffenen für israelisches Handeln verantwortlich gemacht. Zudem wurden vier Fälle extremer Gewalt bekannt, darunter ein terroristischer Anschlag am Denkmal für die Ermordeten Juden in Berlin. Vorfälle wie diese gefährden und verunsichern Jüdinnen:Juden.

### **Bedrohungen im digitalen Raum nehmen zu**

Mehr als ein Viertel (27 %) aller antisemitischen Vorfälle ereigneten sich online. Antisemitismus wird dort oft ungehemmt geäußert. Fast 43 % aller dokumentierten Bedrohungen fanden online statt, darunter auch Morddrohungen. So erhielt eine Jüdin bei Facebook wiederholt Drohungen, darunter ein Bild einer Zyklon-B-Dose mit dem Kommentar „Noch auf Lager“. Bedrohungen im Netz können dazu führen, dass sich Betroffene aus sozialen Medien zurückziehen und auch jenseits digitaler Räume weniger öffentlich auftreten.

### **Rechtsextreme antisemitische Vorfälle so hoch wie nie**

RIAS erfasste 2025 807 rechtsextreme Vorfälle, den höchsten Wert seit Beginn der bundesweiten Erhebung 2020. Dokumentiert wurden Verschwörungsmymen, NS-Verherrlichung und Wünsche nach einer Wiederholung der Schoa. So rief eine rechtsextreme Gruppe in Mecklenburg-



Vorpommern in einem Bus „Juden an die Wand“, verhöhnte die Schoa und bedrohte Geflüchtete sowie einschreitende Fahrgäste. Rechtsextremer Antisemitismus trat zuletzt nicht nur häufiger, sondern auch offen gewaltvoll auf.

### **Legitimation von antisemitischer Gewalt: Feindbild „Zionismus“**

Das Feindbild „Zionismus“ spielte 2025 in Vorfällen gegen Jüdinnen:Juden und politische Gegner:innen eine zentrale Rolle. In Schmierereien wie „STILL KILL EVERY ZIONIST“ oder „Kill ZIONazis (sic!)“ verbinden sich Feindmarkierungen mit Gewaltaufrufen. RIAS dokumentierte dies auch in Übergriffen: In Kassel wurde ein Betroffener zuerst als „Zionistenschwein“ beleidigt und dann angegriffen. Solche Vorfälle legitimieren und normalisieren Anfeindungen und Gewalt.

Der Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025“ kann unter [report-antisemitism.de/documents/17-06-26\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2025.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/17-06-26_RIAS_Bund_Jahresbericht_2025.pdf) eingesehen werden.

Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Marco Siegmund, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter: [presse@report-antisemitism.de](mailto:presse@report-antisemitism.de) oder 0176 – 345 451 55

Der **Bundesverband RIAS e. V.** ist der Dachverband der RIAS-Meldestellen und verfolgt das Ziel einer einheitlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle auf Grundlage der IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Die RIAS-Meldestellen erfassen bundesweit antisemitische Vorfälle und vermitteln Unterstützung an Betroffene. In den Bericht flossen Vorfälle aus dem ganzen Bundesgebiet und von Meldestellen in zwölf Bundesländern ein.



## Stimmen zur Veröffentlichung

**Benjamin Steinitz**, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS:

„Antisemitismus trifft Jüdinnen und Juden im Alltag. Er wird offen und aggressiv geäußert, Jüdinnen, Juden und politische Gegner werden eingeschüchtert und die Anwendung von Gewalt legitimiert. Die fortschreitende Normalisierung des Antisemitismus bedroht die demokratische Kultur als Ganzes. Es braucht nicht nur ein entschlossenes Handeln von Staat, Justiz und Verwaltung, sondern auch eine resiliente Zivilgesellschaft. Bund und Länder müssen dafür die dauerhafte Finanzierung zivilgesellschaftlicher Melde- und Beratungsstellen sicherstellen.“

**Bianca Loy**, Ko-Autorin und wissenschaftliche Referentin des Bundesverbands RIAS e. V.:

„Am häufigsten wurde 2025 israelbezogener Antisemitismus dokumentiert. Obwohl das Kriegsgeschehen im Nahen Osten eine zentrale Rolle spielte, hatten einzelne Entwicklungen im Kriegsgeschehen, etwa die Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas, kaum Einfluss auf die Fallzahlen. Zugleich gab es auch deutlich mehr Vorfälle ohne thematischen Bezug zu Israel als noch vor dem 7. Oktober 2023. Diese Entwicklungen sind besorgniserregend. Es droht, dass antisemitische Positionen zunehmend gesellschaftsfähiger werden.“

**Dr. Felix Klein**, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus:

„Der Jahresbericht von RIAS zeigt, Antisemitismus ist in Deutschland scheinbar ungebremsst auf dem Vormarsch. Zugleich verdeutlicht er, wie ungemein wichtig die Arbeit von RIAS ist: RIAS macht sichtbar, was sonst unsichtbar bliebe. Ohne diese Arbeit könnten wir über viele Entwicklungen nicht mit der notwendigen Klarheit sprechen. Denn Antisemitismus bedroht nicht nur Jüdinnen und Juden. Er bedroht unsere Demokratie, unsere Freiheit und den moralischen Kern unserer Republik.“

**Laura Cazés**, Leitung Kommunikation und Digitalisierung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland:

„Aus Sicht von Betroffenen bleiben antisemitische Narrative und Bedrohungen im Netz zu oft folgenlos. Ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und ihr Sicherheitsempfinden werden dadurch massiv beeinträchtigt. Die ZWST begrüßt den Gesetzesentwurf gegen Digitale Gewalt, jedoch müssen dieses und weitere Gesetzesvorhaben auch in Bezug auf Antisemitismus betroffenenorientiert ausgestaltet sein. Gleichzeitig müssen geltendes Recht wie der DSA und die damit einhergehende Regulation von Plattformen konsequent durchgesetzt werden.“

**Dr. Josef Schuster**, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

„8725 antisemitische Vorfälle, ca. 24 pro Tag – das sind keine statistischen Ausreißer, es ist die bedrückende Realität in Deutschland. Der Jahresbericht 2025 von RIAS macht deutlich: Statt einer Beruhigung der Lage erleben wir eine Verfestigung des Antisemitismus auf Rekordniveau.“

## Stimmen aus den Bundesministerien

**Alexander Dobrindt**, Bundesminister des Innern:

„Der Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, RIAS, zeigt leider eindrücklich: antisemitische Vorfälle gibt es oft, viel zu oft in unserem Land. Meine Kraft gilt der Bekämpfung jeder Form von Antisemitismus – rechtem, linkem und zugewandertem Extremismus.“

**Karin Prien**, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

„Der aktuelle Jahresbericht zeigt erneut: Antisemitismus ist in Deutschland eine anhaltende Bedrohung. Besonders die weiterhin hohen Zahlen des israelbezogenen Antisemitismus sowie der deutliche Anstieg rechtsextrem motivierter Vorfälle sind alarmierend. Antisemitische Vorfälle bedeuten für Jüdinnen und Juden Angst, Verunsicherung und Einschränkungen im Alltag. Wenn Menschen ihre Identität verbergen, religiöse Symbole nicht offen tragen oder bestimmte Orte meiden, betrifft das unser gesamtes gesellschaftliches Zusammenleben. Der Bericht macht zudem

deutlich, wie eng Antisemitismus und Rassismus verwoben sind. Menschenfeindliche Ideologien überschneiden sich, verstärken sich gegenseitig und fördern Ausgrenzung. Die Arbeit von RIAS ist daher von großem Wert. Mit unabhängiger Dokumentation und Analyse schafft RIAS Sichtbarkeit und liefert wichtige Grundlagen für Prävention, Aufklärung und politisches Handeln. Der Schutz von Jüdinnen und Juden sowie der Einsatz gegen Ausgrenzung und Diskriminierung bleiben eine dauerhafte Verantwortung unserer offenen und demokratischen Gesellschaft.“

## Stimmen der Berichterstatter:innen für Antisemitismus

Anlässlich der Veröffentlichung des Jahresberichts „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025“ kommentieren die Berichterstatter:innen für Antisemitismus der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die aktuellen Ergebnisse des Berichts.

**Frederik Bouffier**, Berichterstatter für Antisemitismus der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

„Die Zahl antisemitischer Vorfälle verharrt auf einem erschreckend hohen Niveau und liegt erneut über dem Vorjahr – fast doppelt so hoch wie 2023. Besonders alarmierend ist dabei, dass antisemitischen Äußerungen und Handlungen zunehmend mit Gleichgültigkeit begegnet wird und gesellschaftlicher Widerspruch ausbleibt. Neben einem neuen Höchststand rechtsextremer Vorfälle ereignen sich bereits 27 % aller Fälle online, davon 75 % in sozialen Medien. Deshalb müssen wir den Digital Services Act auf EU-Ebene konsequent verschärfen und durchsetzen. Europäisches Recht muss auch gegenüber außereuropäischen Plattformen wirksam gelten und Verstöße spürbare Konsequenzen nach sich ziehen.“

**Helge Lindh**, Berichterstatter für Antisemitismus der SPD Bundestagsfraktion:

„Dass Antisemitismus längst zur Alltagserfahrung geworden ist, darf uns nicht kalt lassen. Auf entfesselte Gewalt folgte Entsolidarisierung – ein Skandal. Der Hass auf Jüdinnen und Juden wächst in allen ideologischen Richtungen, bringt verschiedenste Extremisten zusammen und wirkt weit in die Mitte. Der rechtsextreme Antisemitismus, Kernbestand der Nazi-Ideologie, erreicht einen Höchststand. Wir setzen dem ein klares Bekenntnis und entschlossenes Handeln entgegen: Schutz von Einrichtungen, Förderung jüdischen Lebens und Kultur, klare solidarische Haltung.“



**Marlene Schönberger**, Mitglied im Innenausschuss und zuständig in der Grünen Bundestagsfraktion für die Bekämpfung von Antisemitismus:

„Die gegenwärtige antisemitische Eskalation wird begleitet von Normalisierung und Entsolidarisierung. Vor allem Soziale Netzwerke befeuern eine antisemitische Enthemmung, Widerspruch nimmt ab. Wenn Nutzer:innen regelmäßig Inhalten begegnen, in den die Shoa geleugnet, NS-Liedgut verbreitet oder Jüdinnen:Juden und Israel dämonisiert werden, fördert das Gleichgültigkeit. Auch in digitalen Räumen erleben Jüdinnen:Juden so Vereinsamung. Wir brauchen eine konsequente Regulierung von Plattformen – jetzt. Die Urheber strafbarer Inhalte müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Antwort auf Eskalation und Gleichgültigkeit muss eine antisemitismuskritische Bildungsoffensive sein.“